

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/006/2009

Sozialausschuss am 16.02.2009

Zu Punkt 7:	Finanzierung des "Elternverbandes für Chancengleichheit" durch den Kreis Mettmann Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD vom 17.09.2008 für die Sitzung des Sozialausschusses am 17.11.2008
--------------------	--

Herr Kreisdirektor Richter berichtet, dass diese Thematik ausführlich in der Sozialdezernentenkonferenz am 12.02.2009 diskutiert worden ist. Bis auf Velbert sind die kreisangehörigen Städte mit Hinweis auf bereits vorliegende Angebote einmütig und eindeutig der Auffassung, dass der Kreis nicht in die Gruppenförderung einsteigen soll.

Vor dem Hintergrund der durch die Verwaltung gelieferten Informationen berichtet Herr Tondorf über die Meinungsbildung der CDU-Fraktion zu dieser Thematik. Die fehlenden Mittel müssen weiterhin auch privat - wie bisher – finanziert werden.

Herr Schnitzler sieht im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sprachentwicklung die Notwendigkeit einer Förderung, welche über den bisherigen Zuschuss hinaus geht und bereits vor dem durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gesetzlich geregelte Sprachförderungsangebot einsetzt. Der Antrag mit Bezug auf den „Elternverband für Chancengleichheit“ stellt lediglich ein Beispiel für die frühe Sprachförderung dar. Über den konkreten Antrag hinaus hält er es für zwingend erforderlich, politisch zu diskutieren, wie der Kreis dazu beitragen kann, gleiche Lebensverhältnisse in den Städten zu realisieren. Hierzu muss auch eine Verständigung mit den Städten erzielt werden. Er sieht es als Aufgabe des Kreises, gleiche Lebensverhältnisse in den kreisangehörigen Städten zu schaffen.

Der Kreisdirektor würdigt den gemeinsamen Antrag der CDU und SPD als gemeinschaftlichen Vorstoß, den Kreis als Instanz zu verpflichten, in den kreisangehörigen Städten vergleichbare Lebensverhältnisse herzustellen. Er verweist auf die bereits zu anderen Bereichen geführten Diskussionen zur Thematik „Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Kreises“.

Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass es in Bezug auf die Sprachförderung zu dem „Elternverband für Chancengleichheit“ weitere Alternativen, z.B. in Monheim das Projekt „Monheim für Kinder“ (Mo.Ki) gibt. *Mo.Ki beschreibt eine Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung, die sich u. a. auch an Kinder zwischen 0 und 3 Jahren richtet.*

Der Kreisdirektor unterstreicht die Wichtigkeit der Initiative, sieht die Sprachförderung jedoch zunächst als eine Aufgabe der örtlichen Gemeinden.

Beschluss:

Eine über die bisherige Förderung hinausgehende Finanzierung des Elternverbandes für Chancengleichheit erfolgt nicht. Das heißt, die Spielgruppen des Elternverbandes für Chancengleichheit in den kreisangehörigen Städten werden nicht durch Kreismittel finanziert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen